# Preußische Gesetzsammlung

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 28. Oktober 1933	Nr. 68
24. 10. 33. Se j 24. 10. 33. Se j 26. 10. 33. Se j 24. 10. 33. Se j	In halt:  e h über die Anderung der Grenzen des Stadtkreises Magdeburg.  e h über Abänderung der Staatsichuldenordnung.  e h über Neuwahlen zu den Landwirtschaftskammern  h i h rungskgeset zum Keichserbhofgeset  e ordniung über veränderte Abgrenzung der Oberbergamtsbezirke  c ch führungsverordnung zu § 14 des Gesetes über den Provinzialrat vom 17. Ju	

(Rr. 14013.) Geset über die Anderung der Grenzen des Stadtfreises Magdeburg. Bom 24. Oftober 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

..... § 1. .....

In die Landgemeinde Biederitz, Kreis Jerichow I, werden die in der Anlage 1 und in die Landgemeinde Gübs, Kreis Jerichow I, die in der Anlage 2 aufgeführten Parzellen der Stadtsgemeinde und des Stadtkreises Magdeburg eingegliedert.

8 2.

In die Stadtgemeinde und den Stadtfreis Magdeburg werden die in der Anlage 3 aufgeführten Parzellen der Landgemeinden Biederitz und Gübs, Kreis Ferichow I, eingegliedert.

§ 3.

- (1) In den Gebieten, die in eine andere Gemeinde eingegliedert werden, tritt das Ortsrecht der Gemeinde, in die sie eingegliedert werden, mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Kraft.
  - (2) Gleichzeitig tritt das in jedem Gebietsteile bisher geltende Ortsrecht außer Kraft.
- (3) Das Kreisrecht des Kreises Ferichow I tritt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den in die Stadtgemeinde Magdeburg eingegliederten Gebieten außer Kraft und in den in die Landsgemeinden Biederitz und Gübs eingegliederten Gemeinden in Kraft.

\$ 4.

- (1) In den Gebieten, die in eine andere Gemeinde eingegliedert werden, treten mit der Einsgliederung die bisher in jedem Gebietsteile geltenden Ortspolizeiverordnungen außer Kraft und die in der Gemeinde, in die die Eingliederung erfolgt, geltenden Ortspolizeiverordnungen in Kraft.
- (2) In den in die Stadtgemeinde Magdeburg eingegliederten Gebieten treten die dort bisher geltenden Kreispolizeiverordnungen mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft.

§ 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1934 in Kraft.

Berlin, den 24. Oktober 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Göring

zugleich als Minister bes Innern.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 24. Oktober 1933.

Für den Reichskanzler:

Der Preußische Ministerpräsident.

Göring.

Anlage 1.

Berzeichnis der Parzellen des Stadtbezirkes Magdeburg, die in den Gemeindebezirk Biederit ein= gegliedert werden.

Gemarkung Biederit

Kartenblatt 5: Parzellen Nr. 221/83, 222/84, 223/84, 224/85, Kartenblatt 4: Parzellen Nr. 581/73, 696/73, 699/73, 583/73, 584/73, 58, 270/59, 271/59, 272/59, 231/60, 273/60, 274/60.

2. apolate. Gefeb über die kinderung ber Greugen bes Erabitreifes Mandeburg, Kom 24. Oltuber 1988.

Berzeichnis der Parzellen des Stadtbezirkes Magdeburg, die in den Gemeindebezirk Gubs eins gegliedert werden.

Bemarkung Gübs

Kartenblatt 1: Parzellen Nr. 188/62, 189/62, 190/62, 1

Gemarkung Cracau

Kartenblatt 1: Parzellen Nr. 736/28.

. S. spalit in the fire and the congestion of the fire the state of th

Berzeichnis der Parzellen, die aus dem Gemeindebezirke Biederit in den Stadtbezirk Magdeburg ein-

Gemarkung Biederit

Kartenblatt 1: Parzellen Nr. 273/104.

Berzeichnis der Parzellen, die aus dem Gemeindebezirke Gübs in den Stadtbezirk Magdeburg ein-

Gemarkung Gübs

Rartenblatt 1: Harzellen Mr. 138/35, 36, 37, 139/38, 140/39, 40, 41, 240/45, 241/45, 46, 47, 142/49, 143/49, 144/49, 146/49, 147/49, 148/49, 149/49, 150/49, 151/49, 194/49, 195/49, 152/50, 192/51, 193/51, 154/52, 155/53, 156/54, 157/55, 196/1, 199/4, 200/5, 201/6, 205/12, 207/14, 208/15, 210/17, 197/2, 198/3, 206/13, 209/16, 259/10, 260/10, 361/29.

Das vorlebende, vom Brenklichen Stademinikering beichloffene Gelet wird diermit ver-

Kartenblatt 1: Parzellen Nr. 644/29, 313/34, 674/33.

(Rr. 14014.) Gefet über Abanderung der Staatsschulbenordnung. Bom 24. Oktober 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

## Artifel I.

Die Staatsschuldenordnung vom 12. März 1924 (Gesetzsamml. S. 132) wird wie folgt geändert: diese Kandwirtschaft nach Maßgabe des Reichsgesetztes vom 15. Juli 1988 (Reich :trodnösg

Die §§ 25 bis 27 erhalten folgende Fassung: ansatun rome up viell den den der Gerichaftsenitzung und Vermögensverwalturig der exigelölten Landivirtichaftskammern die auf

Grund des § 22 216f. 2 des Gelebes über 32 Zandheirtschammern vom 30. Juni 1894 (Geleb-Der Staatsschuldenausschuß übt die fortlaufende Aufsicht über alle der Staats= schuldenverwaltung mit selbständiger und unbedingter Verantwortlichkeit übertragenen Geschäfte aus. Er besteht aus dem Präsidenten der Oberrechnungskammer und sechs Preußischen Staatsräten.

§ 26.

Die Preufischen Staatsrate ernennt der Ministerpräfident für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Staatsrat zu Mitgliedern des Staatsschuldenausschusses. Staatsminister und Staatssekretäre können nicht ernannt werden.

# \$ 27.

Den Borfit im Staasschuldenausschuß führt der Präfident der Oberrechnungstammer. Die Beschlüsse des Ausschuffes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bu einem Beschluß ist die Anwesenheit von mindestens vier Mitgliedern erforderlich.

# Artifel II.

Das Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. (Nr. 14016.) Aussubrungsgesch zum Reichberbhofgesch. Bom 26. Oliober 1988.

Berlin, den 22. September 1933. at paled schwaler and tod muitafinimetont an C

(Sieget.) mod tim 1 Das Preußische Staatsministerium. Göring. d wonde Popit. tredus dus und 20 deschirer

(2) Das Landeserbhosgericht wird mit einem Präsidenten und der erserberlichen gabl von Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird biermit vererbholgericht können zugleich Senglspräfibenten und Mate beim Derlandesgericht fel. thundt

Berlin, den 24. Oktober 1933. unteried warmet kantingrudelt and alloss und (a)

Kür den Reichskanzler:

Der Preußische Ministerpräsident.

(2) Sie haben die Rechte und Pfride. Dir in Gerichten Richter. Die SS 6 die 9 des Gerichts

(Rr. 14015.) Gefet über Reuwahlen zu ben Landwirtschafistammern. Bom 24. Oftober 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

\$ 1.

Die Neuwahlen zu den durch die Berordnung vom 21. Juni 1933 (Gesetsfamml. S. 224) aufgelöften Landwirtschaftskammern finden bis zur Neuregelung des Aufbaues des Standes der deutschen Landwirtschaft nach Maßgabe des Reichsgesetes vom 15. Juli 1933 (Reichsgesethl. I S. 495) nicht statt. Bis zu einer anderweiten Regelung gelten wegen der zwischenzeitlichen Geschäftsführung und Vermögensberwaltung der aufgelösten Landwirtschaftskammern die auf Grund des § 22 Abf. 2 des Gesetes über die Landwirtschaftskammern vom 30. Juni 1894 (Gesets famml. S. 126) getroffenen oder zu treffenden Anordnungen.

ichuldenverwaltung mit selbständiger. 2. 2. unbedingter Berantwortlichkeit übertragenem

Dieses Geset tritt mit Wirfung vom 21. September 1933 in Kraft.

Berlin, den 24. Oktober 1933.

Das Preußische Staatsministerium.

Darré. Darré.

Das vorstehende, vom Preufischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 24. Oktober 1933.

Für den Reichskanzler:

Der Preußische Ministerpräsident.

Göring.

(Rr. 14016.) Ausführungsgeset jum Reichserbhofgeset. Bom 26. Oktober 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen: mondo As nod miles &

§ 1.

- (1) Das Erbhofgericht für Preußen wird als Landeserbhofgericht mit dem Sitze in Celle errichtet. Es kann auch außerhalb Celle Situngen halten.
- (2) Das Landeserbhofgericht wird mit einem Präsidenten und der erforderlichen Zahl von Senatspräsidenten und Erbhofgerichtsräten besetzt. Die Senatspräsidenten und Räte beim Landeserbhofgericht können zugleich Senatspräsidenten und Räte beim Oberlandesgericht sein. Ein Senatspräsident beim Landeserbhofgericht wird zum Vizepräsidenten bestellt.
- (3) In Falle bes Bedürfniffes können Silfsrichter aus der Rahl der planmäßigen Richter der ordentlichen Gerichte bestellt werden.

- (1) Die im § 1 bezeichneten Mitglieder des Landeserbhofgerichts muffen die Befähigung zum Richteramt besitzen.
- (2) Sie haben die Rechte und Bflichten der ordentlichen Richter. Die SS 6 bis 9 des Gerichts= berfaffungsgesetzes gelten finngemäß.

§ 3.

(1) Die Stelle des Bräfibenten und eine Amtmannstelle für den geschäftsleitenden Burobeamten des Landeserbhofgerichts werden als neue Stellen in den Staatshaushaltsplan aufgenommen.

(2) Die übrigen Stellen werden bis zu ihrer übernahme auf den Staatshaushalt aus den entsprechenden Stellen der Oberlandesgerichte entnommen. Genäß z 188 des Allgemeinen Berggeseiges vom 24. Juni 1865 (Gesehlamml. S. 705)

# 8 4.

Die Aufsicht über das Landeserbhofgericht steht dem Justizminister und dem Präsidenten des Gerichts zu. Dieser regelt auch die Geschäftsverteilung.

- (1) Die Borsibenden der Anerbengerichte und ihre Stellbertreter werden vom Justizminister ernannt.
- (2) Die Ernennung erfolgt regelmäßig für die Dauer des Ralenderjahrs. Sie verlängert sich jeweils für das folgende Jahr, wenn nicht bis zum 1. Dezember dem Präsidenten des Landgerichts eine anderweite Verfügung zugegangen ift.
- (3) Soweit Richter nach § 7 der Ersten Durchführungsverordnung zum Reichserbhofgesetz vom 19. Oftober 1933 (Reichsgesethl. I S. 749) nicht Vorsitende sein können, kann ihre Ernennung jederzeit widerrufen werden. der einstmals Großherzoglich Hessische Areis Böhl im jegigen Landkreis Frankenberg mit

- den Gebietsausschliffen Gimelrod un.6 fringhaufen im jebigen (1) Die Anerbengerichte gelten unbeschadet des § 5 hinsichtlich der Verwaltung und der Aufsicht als Teil des Amtsgerichts, bei dem sie errichtet sind.
- (2) Sind bei einem Anerbengerichte mehrere Vorsitzende bestellt, so wird die Geschäftsverteilung durch den Bräsidenten des Landgerichts geregelt. His dem Begirke des Oberbergamter in Portunind werden bem Begirke des Oberbergamits

Der Justizminister in Gemeinschaft mit dem Finanzminister wird ermächtigt, mit anderen Ländern Bereinbarungen zu treffen, durch die das Preußische Landeserbhofgericht auch zum Erbhof= gericht eines anderen Landes oder für Teile eines anderen Landes bestellt und die dafür an die Breukische Staatskasse zu leistende Entschädigung geregelt wird. Er kann auch Vereinbarungen treffen für den Fall, daß der Erbhofbesitz in mehreren Ländern liegt.

# bie Gemeinden Wehlingen und Rebilis &

- (1) Das Geset tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.
- (2) Mit seiner Ausführung wird der Justizminister beauftragt.

Berlin, den 26. Oftober 1933. (slove) allad ni abmagradiad sad alrigast mad ande

Das Preußische Staatsministerium. (Siegel.) toel Göring. dillid is Rerrl, somerge einstehen god.

Das porstehende, vom Preufischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verfündet.

Berlin, den 26. Oktober 1933. vod driet grundrarell rejeld grundfleide vod tiell

Für den Reichskanzler:

Der Preußische Ministerpräsident.

Constant Con

(Rr. 14017.) Verordnung über beränderte Abgrengung ber Oberbergamtsbezirke. Bom 24. Oktober 1933.

Gemäß § 188 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (Gesetziamml. S. 705) wird berordnet:

Die Anssight über das Landeserbholgericht gleht dem Justigminister und dem Präsidenten Aus dem Bezirke des Oberbergamts in Bonn werden dem Bezirke des Oberbergamts in Dortmund zugelegt:

- 1. der Stadtfreiß Arefeld-Uerdingen a. Rh und die Landfreise Cleve, Gelbern, Mörs;
- 2. bom Landfreis Rempen-Arefeld die Stadtgemeinde Rempen und die Gemeinden Schmalbroich, St. Hubert, Tönisberg, Suls, St. Tönis, Borft, Anrath, Neerfen, Schiefbahn, Willich, Ofterath, Flverich, Langst-Rierst, Nierst, Ossum-Bösinghoven, Lank-Latum, Strümp.

Aus dem Bezirke des Oberbergamts in Bonn wird dem Bezirke des Oberbergamts in Clausthal=Rellerfeld zugelegt:

der einstmals Großherzoglich Hessische Kreis Böhl im jetigen Landfreis Frankenberg mit den Gebietsausschlüffen Eimelrod und Höringhausen im jetigen Kreise des Eisenberges (§ 1 Ziffer 6 des Gesetzes, betreffend die Vereinigung bisher Bayerischer und Großherzoglich Hessischer Gebietsteile mit der Preußischen Monarchie, bom 24. Dezember 1866 — Gesetziammi. S. 876 —).

teilung burch ben Brafibenten bes Randgerichte, Segenett,

Aus dem Bezirke des Oberbergamts in Dortmund werden dem Bezirke des Oberbergamts in Clausthal=Bellerfeld zugelegt:

die Kreise Minden, Lübbecke, Halle i. W., Herford-Stadt, Herford-Land, Tecklenburg, Melle, Wittlage, Osnabrüd-Stadt, Osnabrüd-Land, Bersenbrüd.

Preußische Staatstaffe zu leistende Entschäbig. 8 geregelt wird. Er fann auch Bereinbarungen

Aus dem Bezirke des Oberbergamts in Halle (Saale) werden dem Bezirke des Oberbergamts in Clausthal-Zellerfeld zugelegt:

die Gemeinden Sehlingen und Heflingen im Landfreis Gifhorn (§ 65 der Verordnung über die Neugliederung von Landfreisen vom 1. August 1932 — Gesetsfamml. S. 255 —).

Aus dem Bezirke des Oberbergamts in Halle (Saale) werden dem Bezirke des Oberbergamts in Breslau zugelegt:

- 1. der Landfreis Sorau und der Stadtfreis Forst;
- 2. der Landfreis Spremberg, soweit er östlich der Spree liegt.

§ 6.

Die in den §§ 1 bis 5 verordneten Anderungen werden wirksam mit dem 1. November 1933.

\$ 7.

Mit der Ausführung dieser Verordnung wird der Minister für Wirtschaft und Arbeit beauftragt.

Berlin, den 24. Oktober 1933.

Das Preußische Staatsministerium. (Siegel.) Schmitt. Göring.

(Nr. 14018.) Durchführungsverordnung zu § 14 bes Gesetzes über den Provinzialrat bom 17. Juli 1933 (Gesetziamml. S. 254). Vom 24. Oktober 1933.

\$ 1.

Die Aufwandsentschädigung der Provinzialräte beträgt, soweit sie ihren Wohnsit nicht am Sitze des Oberpräsidenten haben, 250 *RM* monatlich. Haben die Provinzialräte ihren Wohnsit am Sitze des Oberpräsidenten, so beträgt die Auswandsentschädigung 125 *RM* monatlich.

8 2.

Durch diese Aufwandsentschädigung sind die Tages und Übernachtungsgelder und sonstigen Auslagen nit Ausnahme der eigentlichen Fahrkosten für alle Dienstreisen abgegolten, welche von den Provinzialräten in dieser ihrer Eigenschaft ausgeführt werden.

§ 3.

Provinzialräte, die gleichzeitig Staatsräte sind, erhalten neben der Aufwandsentschädigung als Staatsrat keine Auswandsentschädigung als Provinzialrat.

8 4

Die Auszahlung beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem die erste Provinzialratssitzung stattsindet.

§ 5.

Die Auszahlung erfolgt in der Weise wie die der Dienstbezüge der Staatsbeamten und zwar durch die für die Oberpräsidenten zuständigen Regierungshauptkassen.

Berlin, den 24. Oktober 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium. Göring. Popiţ.

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckereis und Verlags: Aktiengesellschaft Berlin,
Verlag: R. von Decker's Berlag, G. Schenck, Berlin W. 9, Linkstraße 35. (Postschecksonto Berlin 9059.)
Den lausenden Bezug der Preußischen Gesetziammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RM vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Berlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achtseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Apf, bei größeren Bestellungen 10—40 v. d. Preisermäßigung.

The state of the state of the sale of the

Nr. 14018) Aurchführungsberordnung zu zu des Gesches über den Prodinzialrat vom 17. Full

366

Die Auftvandsentlihäbigung der Provinzialräte beträgt, soweit sie ihren Wohnsig nicht am Się des Oberpräsidenten haben, 250 *R.M* mondtlich. Haben die Provinzialräte ihren Wohnsig am Sięe des Oberpräsidenten, so beträgt die Aufwandsentschäbigung 125. *Auk* monatlich.

eröfft, gradiet einer Beitrande an der Lage und Abernachtungsgelder und soustigen Durch diese Ausbrahden der eigentlichen Fahrlasten für alle Dienstreisen abgegolten, welche von Auslagen mit Ausnahme der eigentlichen Fahrlasten für alle Dienstreisen abgegolten, welche von den Provinzialräten in dieser ihrer Eigenschaft ausgesichter werden.

8 8

Provinzialräte, die gleichzeitig Staatkräte sind, erhalten neben der Aufwandsentschäbigung als Staatsrat teine Auswandsentschäbigung als Provinzialrat.

Die Ausgahlung beginnt mit dem Erfren des Monais, in dem die erfte Provinzialratssihung attsinder.

8 5.

Die Ausgahlung erfolgt in der Weise wie die der Diensibezüge der Staatsbeamten und 3war durch die für die Oberpräsidenten zuständigen Regierungshauptkossen.

Berlin, ben 24. Oftober 1938.

Das Preußische Staarsministerium.

mayour ham Westele had Charlesonm

Sthat Bellevielb jugslögts

uber die Neuglieberung von Landfreisen boni I. August 1932 - Geschlamms. G. 255 ---).

oner dem Registe des Oberbergmuts in Galle (Saals) werden dem Bezirfe des Oberbergamts prodlem gantisett

to del Communicación de Communicación de

Der ben 95 1 bis 5 verardischen Anderungen werden wirkfam mit dem L'Aovenner 1981

Mu ver Wadhihrung biefer Werordnung wird der Windher für Wirtschaft und Arbei

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Drud: Preußische Nruckerei und Berlag: R. von Deckerd Verlag: M. von Deckerd Verlag. E. Echter Verlag: R. von Deckerd Verlag. E. Echter Verlag: R. von Deckerd Verlag. E. Echter Verlag: Reublichen Gelegien Gelegien vermitten vom die Hockarenten Bergepreiz 1,—2002 viertellabellabellagen ertem Verlag der Preußische Gelegien verden. Verlag von Ver